

hörtigen Privilegien, Recht und Berechtigungen" und zwar für 1200 Thaler. Er richtete die Drucker nach dem Muster der berühmten Breitkopfischen Schriftgießerei in Leipzig ein, ließ sich für 1000 Thaler neue Schriften, Stöfen und Megale und eine weitere Preise für 55 Thaler 14 Groschen 6 Pfennig zu und brachte das Geschäft wieder etwas vorwärts. Nach ihm hatte seine Witwe wie auch deren später auf einer Weise verunglückter Sohn die Leitung in Händen, dann brachte der ehemalige Zögling und langjährige Faktor Matthäus, Friedrich Barthel die Druckerei durch einen „ehrlichen und unwiderstehlichen Kaufvertrag" zu dem Preise von 1639 Thaler 6 Groschen an sich, ließ noch eine neue Preise für 175 Thaler erbauen, schaffte für 2000 Thaler Schriften sowie bedeutende Papiervorräte verschiedener Art an und konnte so nicht nur weitgehende Anforderungen seiner Freiburger Auftraggeber befriedigen, sondern knüpfte auch über Freibergs Mauern hinaus Geschäftsverbindungen an. Nach neunundzwanzigjährigem Schaffen (1762 bis 1791) hinterließ er seiner Frau als junger Witwe das Geschäft. Die feinerleits im einundachtzigsten Jahre eingegangene Ehe war während ihrer zwölfsjährigen Dauer kinderlos geblieben.

Rosina Barthel empfand bald Herzensneigungen zu dem von ihr erwähnten Geschichtsvormunde, dem Korrektor Christoph Friedrich Gerlach, weil aber nur einem „gelehrten" Buchdrucker die Leitung einer Druckerei gestatten werden konnte, so ließ sich der Bräutigam feierlich als „Lehrhng" auf vier Jahre eintragen, von welcher Zeit ihm dann auf Antrag der „Frau Prinzpalin" und mit Genehmigung des Hofbuchdruckers Balthar in Dresden dreidreiviertel Jahre erlassen wurden; nach drei Monaten wurde Gerlach frei- und losgesprochen und zum „postulierten Mitgliede der Buchdruckerkunst" ernannt. Mit der später noch erfolgten Buchdruckervereinbarung, der besondern landesherrlichen Genehmigung und dem officiellen Kauf der Buchdruckerei als rechtlichem Abschluße gelangte dieselbe (1791) an diejenige Familie, welche die alte ehrwürdige Stätte der Typographie noch heute ihr eigen nennt.

Im Laufe der Zeit, namentlich bei aufsteigendem Geschäftsgange, hatte sich nun freilich auch Konkurrenz gezeigt, aber alle Etablierungsversuche schetterten an dem Vorrechte der eben besprochenen Druckerei, die einzige in Freiberg sein und bleiben zu können. Dieses Privilegium, welches schon Wenzepel verstehen war, unter Beden nur mit dem Vorbehalte des Widerrufs erneuert und unter Matthäi — nach dem üppigen Leben eines August des Starcken — mit einer jährlichen Abgabe von 40 Thaler 20 Groschen belastet wurde, sollte wie so viele fossilen Ueberreste einer von der Industrie längst überholten Periode in den Märzjahren des „tolleu Jahres" 1848 von der Bischofsräde verschwinden. Schon kurz vorher hatte die Landesregierung das Freiburger Lokals- und Anzeigeblatt einem andern Bewerber überlassen, dann stellten sich nach und nach noch mehrere Offizinen ein.

Bedauerlicherweise hat die vorliegende Druckerergeschichte Freibergs mit anderen gleicher Art den Mangel gemeinsam, daß sie die Personal- und Arbeitsverhältnisse ganz außer acht läßt. Der gewerbliche Forscher würde gern zu gunsten einer diesbezüglichen Schilderung auf die Aufzählung der Titel gefertigter Druckerzeugnisse verzichten.

Korrespondenzen.

B. Berlin. (Bereinsversammlung vom 17. April.) Die Prinzipale der Berliner Buchdruckerinnung haben, wie der Vorsitzende mitteilte, am Sonnabend dem 13. April ganz unverhofft in ihren Geschäften Betzel zur Wahl eines Ausschusses für das Gehilfen- und Lehrlingswesen verteilen lassen. Es wurden gleich drei Kandidaten empfohlen, welche jedoch den meisten in den Innungsdruckerereien beschäftigten Kollegen unbekannt waren. Der Vorstand, der davon in Kenntnis gesetzt wurde, stellte sich auf den Standpunkt, daß der Verein ein Interesse daran hat, in allen derartigen Institutionen durch seine Mitglieder vertreten zu sein und empfahl deshalb allen in Innungsdruckerereien beschäftigten Gehilfen, folgenden Kollegen ihre Stimmen zu geben: Franz Treder (Bernstein), Paul Luosigk (Eisner), Wilhelm Trunz (Theinhardt). — Bezeichnend für die Verhältnisse im Buchdruckerergewerbe ist eine Anzeige im Organe der Berliner Buchdruckerinnung (Redakteur Blante). Dieselbe lautet: „Druckauftrag. Welche Berliner Drucker kann einen tüchtigen Sefer (R.-B.) vier Wochen beschäftigen. Dieselbe erhält dann durch denselben einen gut löhnenden Auftrag, Groß-Folio, 50000 Auflage, Korpus Antiqua. Off. unter „Auftrag" an die Paderfahrt-Alt.-Ges., Magdeburgerstraße 13, erbeten." Vielleicht würde Herr Blante verraten, welche Buchdruckerei von dem vorteilhaftesten Geschäft mit dem tüchtigen Sefer Gebrauch gemacht hat? — Mit der Verlesung des Statuten und Kopfschütteln erregenden, lobspendenden Beitragen der Zeitchrift über die Verbandsstatistik und des Beteiligterkales der „invaliden Kasse" sowie von 25 Neu- resp. Wiederaufnahmen endeten die Vereinsmitteilungen. — Der Antrag des Vorstandes: den Arbeitslosen zum 1. Mai eine Extrastützung zu bewilligen, wurde nachdem ihn Kollege Emil Schmidt eingehend begründet hatte, angenommen und eine Unterstützung von 2 Mk. gewährt. Diefelbe wird am Tage vor der Feier auf der Verwaltung ausgezahlt. — Die organisierten Gastwirtsgehilfen ersuchten um ein

Darlehen von 400 Mk. bis zum 1. Oktober. Es wurde, nachdem der als Gast anwesende Vertreter derselben, Herr Schröder, kurz die Bedürfnisfrage dargelegt hatte, dem Ersuchen gemäß beschlossen. — Ueber die Anträge zur Generalversammlung referierte für den Vorstand der Kollege Reichmann. Er empfahl, den Delegierten aufzugeben, für die fernere Beteiligung des Verbandes am Internationalen Buchdruckerfretariat und an der Generalkommission zu stimmen, desgleichen für den Fortbestand beider Behörden. Den Antrag auf obligatorische Einführung des Corr. empfahl Kerner zur Ablehnung, weil neben den großen Kosten kein Vorteil ersichtlich sei: die obligatorische Einführung des Corr. würde in größeren Gauen kaum durchzuführen sein. Ferner wurden die Vertreter ersucht, für den Berliner Antrag: Der Corr. erscheint an dem jeweiligen Sitz des Verbandesvorstandes, ganz energisch einzutreten. Von fast allen Seiten wurde die Notwendigkeit dieser Aenderung eingesehen, indem man sich größere Vorteile davon versprach. Keineswegs soll damit bezweckt werden, den Corr.-Redakteuren, wie von anderer Seite angenommen wird, einen Maulkorb vorzubinden, sondern lediglich aus prinzipiellen Gründen sei dieser Antrag vom Berliner Gau gestellt. Der Leipziger Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses wurde zur Ablehnung empfohlen, weil dadurch die Gauvorsitzenden überflüssig wären und neben denselben größere Ausgaben entstehen würden, was wohl kaum im Interesse des Verbandes als erstrebenswert erachtet werden könne. Ebenso wurden die Anträge auf kostenlose Zufendung des Corr. an Lehrlinge sowie der Antrag Leipzig, daß in kleineren Druckereien arbeitende Kollegen auch gegen Zahlung eines geringeren Beitrages und Verzicht auf einzelne Benefizien zur Mitgliedschaft zugelassen werden könnten sowie der Antrag Naaden: Errichtung einer Wittwen- und Waisenkasse, der Ablehnung anbeimgegeben. Von der Beratung der weiteren gestellten Anträge sah man ab, weil erst nach Anhörung der Motive darüber gerurteilt werden könne. Die Versammlung trat den Ausführungen des Referenten in fast allen Punkten bei und so erhielten die Vertreter eine Richtschnur, wie sie im Sinne des Gaus zu handeln haben.

Guben. 21. April. Seit der letzten Bewegung haben sich die Verhältnisse am hiesigen Orte vollständig geändert, verschlechtert. Früher waren sie wenigstens in der größten Druckerei noch als einigermaßen zufriedenstellend zu bezeichnen, leider aber hat sich auch in dieser, seitdem daselbst ein größerer Personalwechsel erfolgt ist, ein wesentlicher Niedergang bemerkbar gemacht. Verbandsmitglieder standen seit drei Jahren nur vorübergehend in dem Geschäft, und die Richterwähler, auf „einige" Kondition bauend, haben sich die Uebelstände über den Kopf wachsen lassen. Unter den vier Druckereien am Orte kommen nur die beiden größten in Frage, die Druckerei von Scholz (Gubener Tagesblatt) und Koenig (Gubener Zeitung). In den zwei anderen kleinen Geschäften üben die Inhaber die edle Kunst in höchstweiser Person aus. Scholz beschäftigt neben 4 Gehilfen 13 Lehrlinge (in der Statistik waren irrtümlich 7 Lehrlinge angegeben). Die Löhne der Gehilfen betragen durchschnittlich 15 Mk. Die Arbeitszeit soll eigentlich eine zehnstündige sein, doch kommt es auch nicht selten vor, daß die Lehrlinge durch langes Ueberarbeiten (mitunter bis 5 Uhr morgens) ausgeblüht werden, um nachher noch schwerer vierjähriger Lehrzeit als Schwindjuchtskandidaten die Kandidatur zu bevollern. In der Albert Koenigschen Offizin sind die Zustände auch nicht weniger als rosig. Beschäftigt werden durchschnittlich 12 Gehilfen, welchen 15 Lehrlinge gegenüberstehen. Während die Drucker noch ziemlich anständig bezahlt werden, sinken die Löhne bei den Sepern von 22 bis auf 14 Mk. herab. Mit wenigen Ausnahmen gehören die Gehilfen der Prinzipalskaffe an. Zwei dieser „Auch" Kollegen zeichnen sich durch besonders „treue" Dienste, bestehend in Verleumdung und Denunziation, aus. Der Chef ist nicht nur strammes Mitglied des D. V. B., sondern fungiert auch als Bezirksvorsitzer der „invaliden" Kasse. Dies hindert ihn aber nicht, den Tarif vollständig zu ignorieren; sein Geschäft hat sich vielmehr durch unartfliche Zustände (Lehrlingswirtschaft usw.) eine traurige Berühmtheit erworben. Von anderen Seiten wird allerdings behauptet, Herr Koenig selbst sei an den schlechtesten Zuständen weniger schuld, die Verantwortung solle mehr auf seine Geschäftsleiter, die an der billigen und schnellen Herstellung der Arbeiten ein besonderes Interesse hätten. Wir hingegen sind der Ansicht, daß ein Prinzipal über die Verhältnisse seiner Druckerei genau informiert sein muß. Die Konkurrenz oder ein schlechter Geschäftsgang kann als Grund der übermäßigen Lehrlingsanwerbung nicht vorgehoben werden, da die laufenden Arbeiten (Koenigs Kurzbuch, Berliner medizinische und wissenschaftliche Zeitschriften, kommunale Arbeiten usw.) einen derartigen Gewinn abwerfen, daß Herr Koenig den Tarif, insbesondere die Lehrlingskassa, einhalten könnte. Da die Uebelstände sich bei einigermaßen gutem Willen leicht beseitigen lassen, so schließen wir in der Erwartung, daß in nächster Zeit besseres zu berichten ist.

Gagen. Als Delegierte für die Generalversammlung in Breslau empfiehlt der hiesige Ortsverein den Mitgliedern des Gaus Rheinland-Westfalen folgende Kollegen: Hohns in Krefeld, Brauch in Essen, Möding in Gagen und Bettenwirth in Bielefeld.

D.-S. Stettin. Am ersten Osterfeiertage fand in Oradow a. D. der fünfzehnte ordentliche Gantag des Dergauvereins statt. Beschied war derselbe von den

Bezirken: Stettin-Stadt mit 7, Stettin-Land mit 1, Straßund mit 4, Neuruppin mit 1, Brandenburg mit 8, Frankfurt a. O. mit 3 (außerdem fehlte einer), Rottbus mit 2 Delegierten. Zur Leitung der Geschäfte waren der Gauvorsitzer, Kassierer und Schriftführer anwesend. — Der Jahresbericht des Gauvorsitzers lag gedruckt vor. Der Gauvorsitzer erwählte hierzu die auf dem vorigen Gantage beschlossene Gegenseitigkeit in betreff des für die Konditionslojen gewährten Zuschusses von wöchentlich 3 Mk. Für den Abschluß einer Gegenseitigkeit mit dem Dergau haben sich nur drei Gawe erklärt, während die anderen aus verschiedenen Gründen sich gegen eine solche erklärten. Nach längerer Debatte, in welcher auch die eventuelle Erhöhung der Verbandsleistungen durch die demnächstige Generalversammlung zur Sprache kam, wurde der Gauvorsitzende beauftragt, baldmöglichst einen Gegenseitigkeitsvertrag mit den betreffenden anderen Gauen herbeizuführen. — Ueber die Art und Weise, wie man am besten die Verhngszüchtere bekämpfen könne und auf welchem Wege die Kollegen namentlich aus kleineren Druckereien für den Verband gewonnen werden können, entstand eine lebhaft Debatte. Beschlossen wurde, die Agitation den lokalen Verhältnissen anzupassen und zu den Kosten auch die Gantasse heranzuziehen, was selbstverständlich von seiten des Vorstandes in größtem Maße versprochen wurde. — Der Gaukassierer erläuterte seinen Jahresbericht, daran die Bitte knüpfend, daß im neuen Geschäftsjahre die Beiträge und Abrechnungen seitens der einzelnen Bezirke pünktlicher eingelebt werden möchten, damit der Dergau nicht immer als letzter figuriere. Einige Beschwerden über die Geschäftsführung des Gauvorsitzendes kamen hierauf zur Sprache und wurden vom Gauvorsitzer beantwortet und erledigt. Der Bericht weist eine günstige Finanzwirtschaft und einen Zuwachs an Mitgliedern nach; dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. — Nach einem Antrage zur Abänderung des Statuts sollte der Gauvorsitzende künftig auf dem Gantage, statt wie bisher durch Urabstimmung, gewählt werden, derselbe wurde jedoch abgelehnt; viele Delegierte waren wegen der Schmälerung der Mitgliederrechte dagegen, während die Freunde des Antrages sichhaltig nur eine wenn auch unbedeutende Erparnis- und Vereinfachung der Verwaltung zu ihren gunsten anführen konnten. Angenommen wurde der Antrag, dem § 8 Abs. 3 folgende Fassung zu geben: „Die Wahl des Bezirksvorstandes wird den einzelnen Bezirken überlassen." Es soll durch diese Fassung den einzelnen Mitgliedschaften Einfluß auf die Wahl des Bezirksvorstandes gesichert werden, was bisher nicht der Fall war, da der Bezirksvorstand zugleich Vorstand des Vorortes ist und als solcher am Vororte selbst gewählt wurde. Der Antrag, den Gantag statutarisch nur vor jeder Generalversammlung statt wie bisher „in der Regel alljährlich" stattfinden zu lassen, wurde abgelehnt, da derselbe nicht die statutenmäßige Zweidrittelmehrheit fand. Angenommen wurden zwei Anträge des Gauvorsitzendes: Dem § 23 hinzuzufügen „und die Genehmigung des Gauvorsitzendes dazu haben" (bei vom Beruf abgegangenen Mitgliedern), und im § 28 den letzten Satz als überflüssig zu streichen. Je fünfzehn Mitglieder wählten bisher einen Delegierten zum Gantage; dies wird nun anders, da ein Antrag Brandenburg angenommen wurde, aus Erparnisrückichten diese Fiffen auf zwanzig usw. zu erhöhen. Die Vorschlagsliste für den Gauvorsitzenden wurde bemängelt und ein Beschluß gefaßt, durch den der Stettiner Mitgliedschaft aufgegeben wurde, eine andre Liste aufzustellen, auf welcher wenigstens für verschiedene Nemer (Besitzer und Neuzugewandene) mehr Kandidaten in Vorschlag gebracht werden als Nemer zu bejehen sind. — Der Beitrag zur Gantasse bleibt wie bisher auf 10 Pf. bestehen. — Die Remuneration für den Gaukassierer wurde von 120 auf 150 Mk. jährlich erhöht, während dem Schriftführer für jedes Gantagsprotokoll eine Extraentschädigung von 3 Mk. bewilligt wurde. — An Diäten werden gezahlt: für Einheimische 6 Mk., für einmal Uebernachtende 9 Mk., für zweimal notwenigerweise Uebernachtende 12 Mk.; von verschiedenen Seiten war aus Sparmaßregeln die Herabminderung gewünscht. — Als Ort für den nächsten Gantag wurde aus Sparmaßregeln wiederum Stettin gewählt. — Die Beratung der Anträge zur Generalversammlung wurde von der Tagesordnung abgeseht, da dieselben im Corr. genügend erörtert und nach den verschiedensten Seiten hin beleuchtet seien und eine Besprechung auch nur der wichtigsten Anträge eine Erstrafigung notwendig gemacht hätte. Als Kandidat für das Delegiertenamt zur Generalversammlung des Verbandes und derjenigen der Zentral-Invalidentasse in Bg. wurde der Gauvorsitzer Kurt Mathusius, als Stellvertreter Kollege Leimbach in Jester aufgestellt. — Unter Verwaltungssachen beschäftigte man sich mit einigen verdeckt stehenden Mitgliedern, die von jetzt ab in den Bezirk zahlen sollen, in dem ihr Druckort liegt. Einige andere Sachen, die noch zur Sprache kamen und teilweise eine sehr erregte Debatte hervorriefen, sind trotzdem für die Allgemeinheit nicht von besonderem Interesse. Um 8^{1/2} Uhr abends schloß der Vorsitzende die Verhandlungen mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband. — Der Stettiner Mitgliedschaft, welche die Delegierten mit Gesang begrüßte und nach Schluß noch ein Konzert mit obligatem Tänzen veranstaltete, sei hier noch der beste Dank ausgesprochen. Eingegangen war ein Glückwunschtelegramm von einem hiesigen Nichtmitgliede (Faktor); ein Aufnahmegesuch hätte der Gantag lieber gesehen. Tropdem sei dem Absender auch gedankt.

Rundschau.

Buchdruckerei und Verwandtes.

Seit nunmehr fünf Jahren besteht im Buchdruckgewerbe Deutschlands der heillose Zwiespalt zwischen Gehilfen und Arbeitgebern, ein Zwiespalt, wie er schärfere Formen wohl noch nie angenommen und der nun Früchte zeitigt, die dem Gesamtgewerbe und allen Angehörigen desselben um so empfindlicher und verderblicher werden, je länger dieser Krieg im Frieden andauert. Wir wollen nicht darüber rechten, wer diesen unheilvollen Zustand verschuldet: von beiden Seiten ist gekündigt worden — von der einen mehr, von der andern minder — und es wäre nun wohl bald an der Zeit, statt schöner Worte vom Frieden endlich einmal an deren Stelle durch Thaten den Beweis zu erbringen, daß man ernstlich die Hand zum Frieden bietet. Wie kann ein Haus- oder Gemeinwesen bestehen, wenn dessen Angehörige uneins untereinander sind und sich gegenseitig jeden Tritt anhaben? Wie soll das Gewerbe gedeihen und gedeihen, wenn jeder Schritt, den Arbeiter oder Arbeitgeber unternehmen, mißtraulich und mit Argwohn beobachtet wird? Wo das Vertrauen schwindet, da wächst die Unlust und Verdruß und Mißwirtschaft sind die Folgen eines solchen Verhältnisses. — Vorstehende, den Zustand im Buchdruckgewerbe genau kennzeichnende Betrachtung bildet die Einleitung eines Artikels der Deutschen Buchdrucker-Zeitung. Die Reflexion hebt sich vortheilhaft ab von dem hochmüthig unwahrscheinlichen Tone, den die Zeitschrift J. D. B. neulich anschlug, als sie bei Besprechung eventueller Tarifverhandlungen bemerkte: „Für die Mitglieder des D. B. B. sowohl wie für die Prinzipale überhaupt liegt gar kein zwingender Grund zu solchen Verhandlungen vor.“ Desgleichen erinnert sich der Leser auch noch der Abstreitung jeder Unruhe im Gewerbe. Hier sehen wir somit ein kontrastvolles Doppelbild: das Berliner Prinzipalsblatt schildert den unerquicklichen Zustand im Gewerbe, der die Gehilfen, des häßlichen Streites müde, veranlaßt hat, die Hand zum Frieden zu bieten — die Prinzipalszeitung hingegen erklärt diplomatisch, das herrschende Verhältnis lasse nicht das mindeste zu wünschen übrig; diese Schönmalerei soll den Vorwurf der Unfriedfertigkeit, den sie für die ipsiſindige Forderung, bestimmen zu dürfen, wie die Gehilfenvertretung gearretet sein soll, zu erwarten hat, möglichst entkräften, denn es durchschaut wohl ein jeder, daß der Zweck dieser Forderung bloß darauf hinausläuft, die Anknüpfung freundlicher Beziehungen in die Ferne zu rücken. Dank dieses irrvollen Benehmens leidet das Gewerbe in der von Herrn Blanke beschriebenen zerrüttenden Weise fort. Und daß die Prinzipalsführung den Gehilfen mit der am nächsten Vorrichtung, aus welchen Elementen deren Vertretung bestehen solle, bloß aufs neue den Fehdehandschuh hinwerfen wollte, das ergibt sich auch daraus, daß die Gehilfen bisher zwanzig Jahre lang, was überdies ganz selbstverständlich ist, alleinige Herren in der Auswahl ihrer Repräsentanten waren. Warum also jetzt mit einem Male die ungewöhnliche Vorbedingung? — Sehr klar: zur Vereitelung des Friedens. — Welch impertinente Ueberhebung! Auf der einen Seite verlangt die Prinzipalsvereinigung von den Gehilfen die unumwundene Anerkennung der Körperlichkeit und Geschäftsordnung, die sie sich für Erledigung von Tarifangelegenheiten zugelegt hat, aber anstatt auf der andern Seite den Gehilfen die gleiche Selbstbestimmung zuzusprechen, will sie auch noch deren Vertretungsform modellieren. Wahrlich, die Annahme übersteigt alle Grenzen. Steht das roh selbstherrliche Dekretieren des Arbeitsvertrages sittlich nicht auf viel höherer Stufe als solch abderittischer Vereinarbeitungs-mumpitz? — Nun geht die D. B.-Zig. den Prinzipals-halbglottlern keineswegs weiterhin mit gutem Beispiele voran. Nach ihrem lichten Augenblicke verfällt sie im Gegentheil sofort wieder in eine rasende Verheerung der Gehilfen. Sie sind plötzlich allein für die Hölle reif und nur sie verhindern den Frieden. Sie, die fortwährend denselben proponieren! Aber Herr Blanke prophezeit auch, daß sich die jetzigen Friedensbestrebungen zerschlagen würden, natürlich durch Schuld des Verbandes. Kunststück! Auf des Verbandes Friedensantrag offeriert man Bedingungen, die jeden gerecht fühlenden Menschen im innersten empören müssen, die Del ins Feuer gleiten, und nachher lachen sich der Berliner und Leipziger Augur ins Gesicht und triumphieren: wir Lämmer sagten es ja, die Böse wollen keinen Frieden. O ihr Pharisäer! — Wer im Verdrehen über berartige Gewandtheit verfügt, der ersieht natürlich auch an einer faulstidigen, bewußten und frechen Lüge nicht, wie die folgende ist: der Verband „wollte von der gebotenen Erhöhung der Grundpositionen des Tarifs um 7½ Proz. ebenso wenig wissen wie von einer halbständigen Verfüzung der täglichen Arbeitszeit“. Und mit solchem Lügnerpad muß man sich schlagen!

In der vom Berliner Magistrat beschlossenen Petition an den Reichstag um Verwerfung der Umstrukturvorlage heißt es u. a.: „Man befürchtet, daß die Bestimmungen geeignet sind, die Freiheit der wissenschaftlichen Forschungen, das künstlerische Schaffen sowie die Geistesarbeit überhaupt zu beeinträchtigen. Dadurch würden nicht nur die zunächst beteiligten Kreise der gelehrten Künstler und Schriftsteller und die mit diesen Kreisen unmittelbar in Verbindung stehenden Gewerbe, insbesondere die graphischen Gewerbe, sondern die gesamte geistige Entwicklung unsers Volkes, welche sich in unsrer Stadt in hohem Maße konzentriert, schwer ge-

schädigt werden.“ Leipzig, wo die Buchhändler und Buchdrucker gern die erste Rolle spielen, hat sich somit, abgesehen von einer privaten Kundgebung, von Berlin überhügeln lassen.

Die am 17. Dezember v. J. wie erinnerlich von der Leipziger Innung abgehaltene Doppelversammlung, in der Art, daß zwei Versammlungen auf einen Abend einberufen wurden, damit wenn die erste, wie vorauszu-sehen, beschlußfähig sei, eine halbe Stunde später die zweite unter allen Umständen beschlußfähig stattfinden konnte, ist von der Aufsichtsbehörde für Null und nichtig erklärt worden. Die Tagesordnung, Zwangsmitgliedschaft bei der Groschentasse, wird nun nochmals am 6. Mai abgearbeitet. Die Aufsichtsbehörde dürfte, wie wir vernehmen, bald noch mehr mit den Kapriolen dieser heiter geleiteten Innung zu thun bekommen, denn der Gewalttat gegen das Koalitionsrecht unserer jungen Kollegen soll nicht in der Dunkelheit geheimer Zirkulare verdeckt bleiben.

Von Bebel's „Frau“ erscheint bei J. D. B. Diep in Stuttgart die fünfundsanzigste (Jubiläums-) Auflage in zehn Heften zu je 20 Pf. Der ungeheure Abfall des Wertes in den wenigen Jahren seit seinem ersten Erscheinen macht jedes Wort der Empfehlung überflüssig. Karl Marx' Massenkämpfe in Frankreich sind in neuer Ausgabe in der Buchhandlung des Vormars, Berlin SW, erschienen. Die meisterhafte Studie der 1848er Revolutionsbewegung ist 112 Seiten stark und kostet 1 Mk. auschl. 10 Pf. Porto. Vom Volkserikon (Nürnberg, Wörlein & Co.) liegt Heft 27 vor, behandelnd das Deutsche Reich und die deutsche Geschichte. Jedes der vierzehntägig erscheinenden Hefte der praktischen Enzyklopädie kostet 20 Pf. Notizen und Zahlen heißt ein statistisches Nachschlagewerk, das für 20 Pf. von der Vorwärtsbuchhandlung zu beziehen ist. Das Inhaltsverzeichnis der Notizen und Zahlen füllt eine Seite von Stichwörtern, über deren Gegenstände Angaben gemacht sind. Die von den Brüdern Grimm gesammelten Märchen sind von S. und L. Gizuti mit acht Farbensdruckbildern in zweiter Auflage zum Preise von 1 Mk. im Verlage von R. Dümmler, Berlin, herausgegeben. Nachdem uns der Wisamardfultus auch an dem Bonghien Verlag einige Zeit gelangweilt hat, sind die Hefte der Modernen Kunst. Zur guten Stunde und für Alle Welt wieder auch für unbenebelte Leute erfreulich. Letztere Zeitschrift bringt eine illustrierte Beschreibung der Calendolischen Sejmajchine.

Der Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer Ungarns hat im letzten Quartal 1894 eine Statistik aufgenommen, nach welcher in Ungarn 554 Buchdrucker-reien mit 3586 Gehilfen und 1939 Lehrlingen und 8 Schriftsetzereien mit 82 Gehilfen und 28 Lehrlingen, sowie 31 Rotationsmaschinen, 767 Schnellpressen, 522 Tretpressen und 232 Handpressen gezählt wurden. Die Buchdruckergehilfen vertellen sich auf 250 Faktoren, 128 Korrektoren, 2652 (2034 Gewehlgeld-, 618 berechnende) Seher, 509 Maschinenmeister und Drucker und 47 Schweizer-degen, während bei den Gießern 9 Faktoren eingerechnet sind. Der Durchschnittslohn der Gewehlgeldseher betrug 10,08 fl., der Berechner 13,55, der Maschinenmeister 13,38 und der Drucker 8,59 fl. 12 Gehilfen arbeiteten unter 9 Stunden, 1898 hatten eine 9stündige, 105 eine 9½stündige und 768 eine 10stündige Arbeitszeit, 44 arbeiteten 10½ und 11 Stunden. 71 Proz. der ungarischen Kollegen erfreuen sich also einer kürzern denn 10stündigen Arbeitszeit. Organisiert waren von den 3586 Buchdruckern 2836; von den 82 Gießern gehören 74 dem Verein an. Die Bibliotheken der einzelnen Orte und Bezirke bergen insgesamt rund 10600 Bände teils in ungarischer, teils in deutscher Sprache. — Die Ausarbeitung der Statistik ist der Kommission keineswegs leicht geworden und sie übergibt ihre Arbeit den Kollegen mit dem auch anderwärts beachtenswerten Wunsch, der Verein möchte sich ein ständiges statistisches Komitee zum weitem Ausbau dieses Gebietes zulegen.

Bezirke, Klassen u. s. w.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hielt seine erste Generalversammlung in Erfurt ab. Hervorgegangen aus der Vereinigung der Verbände der Tischler mit 19400, Drechsler mit 1954, Stellmacher mit 450 und Birken-macher mit 938 Mitgliedern zählt der Verband jetzt 26144 Mitglieder, darunter 141 weibliche, die sich nach einer Zusammenstellung, die aber nicht ganz zuverlässig ist, aus folgenden Branchen zusammensetzen: Tischler 19830, Stuhlbauer 287, Bolierer 205, Kistenmacher 75, Klaviermacher 65, Holzdrechsler 1719, Knopfmacher 200, Kammmacher 61, Stod- und Hornbrecher 40, Birken-macher 943, Stellmacher 876, Zimmerer 314, Glaser 205, Bildbauer 148, Korbmacher 131, Wötzer 113, Sattler und Tapezierer 106, Korfschneider 42, Maschinenarbeiter 89, Hilfsarbeiter und diverse vorstehend nicht genannte Branchen 445. Wie heraus ersichtlich, finden sich im Holzarbeiterverband eine erfreuliche Anzahl von Mit-gliedern, für deren Verufe noch egne Gewerbetreie bestehen. Wir hatten dies nicht nur für eine Verpflichtung der Kräfte, sondern für eine direkte Schädigung der betreffenden Gewerbetreie. Der Klassenbericht weist für die Zeit vom 1. Juli 1893 bis 31. Dezember 1894 eine Gesamtzunahme von 308483,52 Mk. und eine Gesamttausgabe von 262499,99 Mk. aus. Bestand am 1. Januar 1895 45985,53 Mk. Aus dem Bericht über Streiks ist hervorzuheben, daß bis Ostern allein nach Ostpreußen 39500 Mk. gezahlt wurden, wodurch in der Streikkasse ein Defizit von 19131 Mk. entstand, das

vorläufig aus der Verbandskasse gedeckt wurde. Ueber das Kapitel Streit wurde des längern debattiert, auf der einen Seite vertrat man die mögliche Beschränkung derselben, auf der andern wurde größere Bewegungsfreiheit verlangt und am Ende beschlossen, für die Beratung der vorliegenden Anträge eine besondere Kommission zu wählen. Dann kam das Verbandsorgan, die Holzarbeiter-Zeitung, zur Sprache. Da gab es natürlich mancherlei aus-zugehen, auch betreffs der Kompetenz der Kommission, eine Einrichtung, die ganz von selbst auf Konjunkte hin-führt. Die Debatte wurde durch Wahl einer Kommission, welcher das ganze vorliegende Material zur Beratung übergeben wurde, vorläufig beendet. Das gleiche geschah betreffs der Anträge zur Abänderung des Statuts. In bezug auf die Generalkommission der Gewerkschaften waren die Meinungen über deren Thätigkeit sehr geteilt, in der Hauptsache sprach man sich für Herabsetzung der Beiträge aus und die Vertreter des Verbandes (sechs zu wählende Delegierte und je ein Vertreter des Vorstandes und des Ausschusses) wurden denn auch beauftragt, in diesem Sinn auf dem nächsten Kongresse zu wirken. Hierauf kam die Organ-Angelegenheit nach dem Berichte der Kommission zur Erledigung. Kompetenzkonflikte zwischen Vorstand und Preßkommission glaubt man durch die Aufnahme der folgenden Bestimmung in das Statut zu schlichten: In allen einschneidenden Fragen der Zeitung und Anstellung des Personals haben Vorstand und Preß-kommission gemeinschaftlich zu beschließen; in streitigen Fällen entscheidet der Ausschuss. Die beantragte Verlegung an den Sitz des Vorstandes wurde abgelehnt. Die Kom-mission für Streitangelegenheiten hatte mit ihrem Haupt-vorschlag: Unterstüzung bei Abwehrstreiks aus der Ver-bandskasse und erforderlichen Falles Erhebung von Extra-beträgen von 20 Pf. pro Monat, kein Glück, ebenso fielen die Anträge aus der Mitte der Delegierten: pro Quartal 50 Pf. oder 10 Pf. pro Monat neben event. Extrazusammenlagen. Es bleibt somit wie bisher betreffs der Steuer. Angenommen wurden noch eine Reihe von Bestimmungen, welche die Unterstüzung regeln. So wird während der ersten acht Tage keine Unterstüzung gezahlt; Bedinge sollen nicht mehr als die Hälfte des am Ort üblichen Durchschnittslohnes, jedenfalls aber nicht unter 6 und nicht über 12 Mk. erhalten; weitere Bestimmungen betreffen die Art der Genehmigung von Streiks. Es folgten hierauf Wahlen: Der Sitz des Aus-schusses verbleibt in Berlin, der des Vorstandes in Stutt-gart. Als erster Vorsitzender wird Alois-Stuttgart, als Hauptkassierer Bohne ebendasselbst gewählt. Die Ab-stimmung über die Statutenanträge ergab Ablehnung der Beitragserhöhung mit 48 gegen 6, desgl. der Ein-führung der Arbeitslofenunterstüzung mit 53 gegen 1 (es wurde jedoch eine Resolution angenommen, wonach in allen Zahlstellen der Arbeitsnachweis mit einer Arbeits-lofenunterstüzung verbunden werden soll, also als lokale Einrichtung!), desgl. der Antrag auf Abschaffung des Zeitungs-Obligatoriums mit 44 gegen 10 Stimmen. Beschlossen wurde die Einführung einer Umzugsunterstüzung für verheiratete Mitglieder nach einjähriger Mitgliedschaft, jedoch nicht über 30 Mk., auch muß die Entfernung mindestens 30 km betragen. Die Karenzzeit für den Bezug von Reiseunterstüzung wird auf ein Jahr erhöht, die Unterstüzung an Mitglieder ausländischer Vereine wird nur bis zu vier Wochen gewährt. Die nächste statistische Erhebung soll im Jahr 1897 stattfinden, die Verbandstage nur aller drei Jahre. Der Urabstimmung werden auch alle Verbandstagsbeschlüsse auf Erhöhung oder Ermäßigung der Leistungen des Verbandes unterworfen. Alle Änderungsanträge in bezug auf die Holz-arbeiter-Zeitung wurden abgelehnt. Ein internationaler Tischlerkongress soll vermieden werden event. ist der Ver-bandsvorstand beauftragt, ihm beizuwohnen.

Die Gewerkschaftskommission Oesterreichs hat ihren ersten Jahresbericht veröffentlicht. Es wurden in der Allgemeinen Kasse an Monatsbeiträgen 4499,48 fl. entnommen und diese Summe bis auf 228 fl. für das Korrespondenzblatt, Kreisreisen, Druckfachen usw. veraus-gabte. Die Streikkasse vereinnahmte 6867,44 fl. und hatte am Jahresabschluss ein Verlustkonto von 544,35 fl. Von den Ausgaben entfallen auf Unterstüetzungen 4943,09 fl. Die Kommission klagt über lässige Zahlung der Beiträge; wenn man sich nicht entschließen könne, hier Wandel zu schaffen, d. h. die Kommission so auszustatten, daß sie die ihr gestellten Aufgaben auch erfüllen könne, so solle man dieselbe lieber kurzer Hand auflösen. Der Agitation wurde durch Veranstaltung von Versammlungen und eine Agitationstour Rechnung getragen, auch nahmen Mit-glieder der Kommission an 15 Kongressen und Konferenzen der Vertreter einzelner Berufsorganisationen teil. In einzelnen Kronländern wurden Zentralleitungen eingesezt.

Streikbewegungen.

Der gegen die Medlen. Waggonfabrik in Gütrow geführte Streit verurteilte den Metallarbeitern eine Aus-gabe von 15469 Mk. Die Holzarbeiter haben 4600 Mk. dafür aufbringen müssen.

Die Verbreitung einer sozialdemokratischen Zeitschrift unter den Bediensteten eines Rittergutes bei Dresden wurde erstens als grober Unfug und zweitens als Haus-friedensbruch angesehen. Der grobe Unfug wurde fallen gelassen, das Schöffengericht begnügte sich mit dem Hausfriedensbruch und erkannte auf 30 Mk. Geldstrafe. Der Angeklagte habe sich sagen müssen, daß der Besitzer des Rittergutes die Verbreitung einer solchen Schrift unter seinem Gefinde nicht dulden würde. Schach der Land-agitation!

